

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Wiederdruck: monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M. Durch die Post
bezogen 14.10 M. Beiliegend wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Be-
ziehende Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Ritalstr. 11.
Druck: Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Kolon-
nelle 60 Pf., die 12 mm breite Kolonelle 2.— M.; außerhalb: 75 Pf. bez. 4.— M.
Ausland 2.— bez. 6.— M. Rabat 11. Tarif, Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 547 Dienstag, 23. November 1920. 74. Jahrgang

Die Kohlensozialisierung.

Die Kohlensozialisierungsfrage gewinnt jetzt in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben eine so außerordentliche Bedeutung, daß die maßgebenden Stellen der Reichsregierung bei allen politischen Schritten die Möglichkeit einer ernsthaften Inanspruchnahme der Lage durch den Streit um die Sozialisierung in Betracht ziehen müssen. Es ist wieder einmal mit einer vollkommen verfehlten Parole ein Zustand der Unruhe geschaffen worden, durch den die Sorge um den sozialen Kampf noch um tausendfache neue Bedürfnisse erhöht wird. Die Sozialdemokratie hat natürlich nichts Geringeres zu tun, als die Verlegenheiten noch nach jeder Richtung hin zu erhöhen. Demgegenüber kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß es im gegenwärtigen Augenblick keine überflüssigere und unsinnigere Verwicklungen gibt, als die, die durch die Sozialisierungsfrage künstlich geschaffen worden sind. Heute, wo Deutschland einen Entscheidungskampf um die Erhaltung seiner wirtschaftlichen und staatlichen Existenz durchlaufen hat, sollte man Besseres zu tun haben, als sich über spekulative Theorien herumzuplagen. Das eigentliche Uebel unserer Not und unseres Elends ist die katastrophale Finanzlage des Reiches, die zur vollständigen Entwertung unseres Geldes und damit unserer gesamten Wirtschaft überhaupt führt. Da ist es vor allen Dingen Aufgabe der Regierung und der verantwortlichen Parteien, Sorge dafür zu tragen, daß die Finanzverhältnisse des Reiches gebessert werden. Eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues würde aber keine Verbesserung, sondern lediglich eine Verschlechterung unserer Finanzen herbeiführen, denn der Staat würde mit ungeheuren Schulden für die Entschädigung der Bergwerksbesitzer belastet. Wie kann man sich nur einbilden wollen, daß eine Sozialisierung des Bergbaues zur Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage führen würde, wenn das neue Unternehmen sich gleich mit ungeheuren finanziellen Verpflichtungen belasten wird. Da ist es denn doch besser, daß es so bleibt, wie es ist, denn unter der Privatwirtschaft ist die Kohlenproduktion als eine sehr und Geldquelle. Die vielen Experimente, die der sozialistische Geist der Sozialisierungstheorie eingegeben hat, können einfach die Frage nicht lösen, wie eine Verbesserung der Finanzen herbeizuführen ist. Der einzige und praktische Weg kann nur der sein, daß die Reichsregierung auf den Kohlenbergbau eine bestimmte Steuer legt, die einen Teil des Gewinnes dem Staat und damit auch der Allgemeinheit zugute kommen läßt. Die Regierung soll lediglich danach trachten, Anteilhaber an der deutschen Produktion zu werden, und dann sieht auch zu erwarten, daß unsere Wirtschaftswirtschaft in der Regierung mit mehr Interesse und mit mehr Verständnis in das Wirtschaftswesen eingreifen. Der Seinerzeitige Vorschlag der Ausgabe von Kleinaktien an die Arbeiter wäre geradezu ideal und glänzend, wenn die Arbeiter das zureichende Verständnis für die Lösung eines derartigen Problems aufbringen könnten. Wir möchten einmal die Arbeiter sehen, die den Unternehmungsgeist besitzen, auch nur im kleinsten Umfang sich an der Industrie zu beteiligen. Selbst wenn ein Arbeiter die Auszahlung hätte, für seine Kleinaktie in der Höhe von 1000 Mark 100 Mark Dividende zu erhalten, so würde er nicht im mindesten zufrieden sein, sondern sich sagen, daß ihm weiter nichts helfen kann als eine normale und gesunde Ausgestaltung seines Lebens. Man muß geradezu staunen, mit welcher Oberflächlichkeit heute Experimente am Wirtschaftskörper unseres Landes veranstaltet werden. Was die Stellung des Arbeiters anbelangt, so ist sie ganz einfach: die, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft als Kapital besitzt, das ihm die Rente am Leben liefert. Darüber hinaus ist es und kann es auch nicht Aufgabe des Arbeiters sein, in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Wollte man heute den Arbeiter als Kleinaktienbesitzer oder als Aktionär im Produktionsprozeß tatsächlich teilnehmen lassen, so würden die Massen der Arbeiter durch ihren Einfluß den ganzen Gewinn ihrer Betriebe als Lohn oder Miete in Anspruch nehmen, anstatt, wie der Unternehmer, wohlweislich Sorge für die Zukunft zu tragen und ein bestimmtes Betriebskapital zu sichern, das nach dem jeweiligen Wachstum des Betriebes vergrößert und verhäuft werden muß. Um ein solch hervorragende Rolle spielen zu können, bedarf es gründlicher kaufmännischer und volkswirtschaftlicher Kräfte. Die fehlen aber dem Arbeiter, denn man kann nicht Arbeiter und Geschäftsmann zugleich sein wollen, weil die Inanspruchnahme der Kräfte bei jedem eine so große ist, daß eine Veranlagung dieser Art für vollkommen unmöglich ist. Was an Vorschlägen bisher gemacht worden ist, sind un sinnige Halbheiten, und dürfen gar nicht die Ehre für sich in Anspruch nehmen, daß man über sie noch viel Zeit zu langem Diskutieren verliert. Was die Regierung im Auge hat, ist nur das eine: sie verhandelt mit den großen Kohlenindustriellen, um eine stillschweigende Einigung zu erzielen, welcher Anteil, gegen ein Beispielweise als Hypothek oder als Aktienanlage, dem Reiche angeschlossen werden kann, damit es finanziell aufgebessert wird. Wir sind überzeugt, daß gerade die maßgebenden Führer der Bergbauunternehmer dem Reiche mitteilende Angelegenheiten machen werden, weil eine Gesundung unserer Wirtschaftslage unmöglich ist, solange nicht die finanzielle Lage des Reiches verbessert wird. Unsere maßgebenden Politiker mögen es sich also gefaßt lassen, daß sie auf gefährliche Abwege geraten sind, und

daß sie besser daran tun werden, vernünftige und sofort durchführbare Vorschläge zu machen, als durch Kompromißvorschläge den Herren Sozialdemokraten entgegenzukommen, die alle anderen Interessen haben, aber nur nicht die einer Stabilisierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die sozialdemokratischen Bergarbeiter-Streik-Drohungen.

Bei den Bergarbeiterverbänden, soweit sie den großen Gewerkschaften angehören, besteht nicht die Absicht, zur Erzwingung der Kohlensozialisierung in einen Generalstreik einzutreten. Wenn der „Vorwärts“ unter Hinweis von Beschlüssen der internationalen Bergarbeiterkonferenz in Genf die Drohung ausspricht, daß eine Generalstreikaktion der Bergarbeiter im Falle der Ablehnung der sozialdemokratischen Sozialisierungsforderungen eintreten werde, so darf diese Drohung solange nicht ernst genommen werden, solange die Bergarbeiter diese Frage überhaupt noch nicht erörtert hat. Es müßte hierzu eine Abstimmung über den Streik stattfinden, deren Ergebnis nach der letzten Stimmung in der Bergarbeiterkonferenz zweifellos verneinend sein würde. In Realisationskreisen wird man nach Informationen unserer Berliner Vertreter entschiedene Maßnahmen ergreifen, um der sozialdemokratischen Propaganda vorzubeugen. Am liebsten hat der Bergarbeiter aus gelegentlich der Verhandlungen in Spa der Regierung ein formelles Versprechen abgegeben, die Ausführung der Kohlenlieferungsverpflichtungen nicht durch einen Streik gefährden zu lassen.

Die Völkerverbundstagung in Genf.

Gegen die Aufnahme Deutschlands und Rußlands.
Paris 21. Nov. (Havas.)
Der „Matin“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Genf: Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund kann seit gestern als von der Versammlung endgültig abgelehnt betrachtet werden. Im fünften Auslauf, der mit der Prüfung der Aufnahme neuer Staaten beauftragt ist, hat in der Tat Viviani folgenden Antrag eingebracht:
„Kein Staat kann in den Völkerverbund aufgenommen werden, wenn er nicht zuvor folgende vier Punkte erfüllt hat:
1. Der Staat muß allen seinen internationalen Verpflichtungen nachgekommen sein.
2. Der Staat muß eine verantwortliche Regierung haben, die für ihre Verpflichtungen einstehen kann.
3. Der Staat muß derart aufgebaut sein, daß der Völkerverbund mit Sicherheit darauf rechnen kann, daß er seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllen wird.
4. Der Staat muß genaue Grenzen haben, zwischen denen sein Volk wirklich ein volkstümliches Leben führt.“
Die erste dieser Bedingungen zielt in erster Linie auf Deutschland: die drei anderen gelten mehr oder weniger für Rußland. Nach kurzer Erörterung nahm der Ausschuss, der Teilnehmer aus allen Staaten zählt, fast einstimmig den Antrag Vivianis an. Der Vertreter von Großbritannien, Fisher, war unter den ersten, die ihre Zustimmung gaben; auch Lord Robert Cecil, der ebenfalls zugestimmt war, hat ohne Widerspruch zugestimmt. Unter diesen Umständen ist es sicher, daß für den Augenblick weder Deutschland noch Rußland in den Völkerverbund eintreten werden. Ja, es ist wahrscheinlich, daß ihre Aufnahme in der Völkerverbundversammlung gar nicht zur Sprache kommen wird.

Die griechische Angelegenheit.

London, 20. Nov. (Havas.)
Wie die „Morning Post“ berichtet, vernahm die offizielle Liste des neuen Kabinetts jede noch gegebene Hoffnung auf eine ententefreundliche Haltung des neuen Kabinetts. Die deutsch-freundlichen Führer, zugleich ausgesprochene Feinde der Entente, fanden sich fast sämtlich auf dieser Ministerliste.
Athen, 20. Nov.
Erzbischof Metellos von Athen soll abgesetzt und durch Theodoros ersetzt worden sein, der bekanntlich Venizelos mit dem Kirchenbanne belegt hatte. Es wird berichtet, daß das Bildnis Königs Konstantin in allen Ministerien, Audienzen und Gerichtshöfen aufgehängt werden soll. In der Befehlsgebung der Beamtenstellen sollen wichtige Änderungen vorgenommen worden sein.
Paris, 21. Nov.
Nach einer Havasmeldung aus Rom sind die Prinzen Andreas und Christoph von Griechenland, die Brüder Königs Konstantin, gestern Abend nach Brindisi abgereist, um sich von dort nach Athen zu begeben.
Athen, 21. Nov. (Havas.)
Die Regierung hat den Bürgermeister von Athen durch eine andere Persönlichkeit ersetzt. Nach Meldungen der Zeitungen wird die neugewählte Kammer, die für den 25. Nov. zusammenberufen ist, als Verfassungsgebende Versammlung tagen.
Smirna, 21. Nov. (Havas.)
Bei der griechischen Garnison herrscht lebhafter Aufregung. Sie verlangt ihre Entlassung. Die Moral der Truppen wird von Tag zu Tag betrüblicher. Man meldet zahlreiche blutige Zusammenstöße zwischen Anhängern Konstantins und Venizelos. Die Soldaten verlassen eigenmächtig ihre Truppe, ohne daß die Vorgesetzten sich dem widersetzen. Die Front selbst hat unter dieser schlechten Geistesverfassung bisher noch nicht zu leiden gehabt, aber man ist der Ansicht, daß dies nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Zeligowskis Offensive zusammengebrochen.

Der polnische General Zeligowski scheint in Litauen eine katastrophale Niederlage erlitten zu haben. Die nachfolgende Meldung aus Rom gibt schon Einzelheiten zu einer früheren Meldung, die aber bis jetzt noch nicht eingetroffen ist.
mz. Rom, 21. Nov.

Bei dem Zusammenbruch der Offensive des Generals Zeligowski entging dieser, trotz einer Meldung der Litauischen Telegraphenagentur, nur mit Mühe der Gefangenschaft. Der Befehlshaber von Grodno wurde tödlich verwundet. Ein Panzerzug, der in der Gegend von Ropozum zum Angriff ansetzte, erlitt mit schweren Beschädigungen.

Angelsächsisische Verträge mit Sowjet-Rußland. Frankreichs Protest.

Paris, 22. Nov. (Havas.)
Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Notiz: Um sich gegen die Folgen, die für die französischen Interessen im allgemeinen und die Rückzahlung der französischen Forderungen im besonderen aus den wirtschaftlichen und Handelsabereinkommen zwischen der englischen Regierung und den Sowjets entstehen können, und aus den Konventionen, die letztere Engländern und Amerikanern einzuräumen wolle, zu schützen, hat die französische Regierung dem Ministerium in London zur Kenntnis gebracht, daß in ihren Augen derartige, ohne ihre Mitwirkung getroffene Abereinkommen sie nicht binden und ihre späteren Ansprüche nicht beschränken können.

Das Spiel mit dem Staatsbankrott.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß auch jetzt wieder in verstärktem Maße von gewissenloser Seite eine Propaganda getrieben wird, die der Reichsregierung den Staatsbankrott als letzte Verzweiflungsmassnahme anrät. Es besteht eine starke ausländische Strömung, die das Ziel der Herbeiführung eines deutschen Staatsbankrotts und der Einsetzung einer alliierten Zwangsverwaltung in Deutschland verfolgt. Demgegenüber wird von Regierungsseite aus mit stärkstem Nachdruck betont, daß die Reichsregierung sich niemals zu einem Staatsbankrott zwingen lassen wird und daß sie nicht daran denkt, auf diese Weise die Interessen des deutschen Volkes preiszugeben.

Deutsches Kreditgesuch in Amerika.

Wie wir erfahren, besteht in den maßgebenden Kreisen die Absicht, noch vor der Regelung der Wiederherstellungsfrage ein offizielles Kreditgesuch an Amerika zu richten. Es ist eine deutsche Delegation in Vorbereitung, in der ausgeführt wird, daß die deutsche Wirtschaft unter den ungeheuren Kosten des Friedensvertrages und der Folgen des Krieges zusammengebrochen droht, falls nicht schnell Hilfe eintritt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Existenz des ganzen deutschen Volkes in Frage gestellt wird, wenn dem Zustand der Ueberlastung der finanziellen Verpflichtungen des Reiches nicht ein Ende bereitet wird.

Paris, 22. Nov.
Dem „Matin“ wird aus New-York gemeldet, daß eine Gruppe hervorragender Bankiers in den Vereinigten Staaten sich mit dem Plan beschäftigt, von der Regierung die Erlaubnis zu erhalten, daß die deutschen, in Amerika beschlagnahmten Güter als Garantie genommen werden dürfen für einen an Deutschland zu gewährenden Kredit, der eine fünfmal so hohe Höhe haben soll, damit Deutschland in den Vereinigten Staaten Rohstoffe einkaufen könne. Dem Projekt wird in politischen Kreisen Sympathie entgegengebracht.

Abermalige Verdoppelung der Fernspreckgebühren.

Berlin, 22. Nov.
Die neuen Fernspreckgebühren reichen trotz der überaus empfindlichen Erhöhung, die sie erfahren haben, noch immer nicht zur Deckung der eigenen Kosten der Reichspostverwaltung aus. Der Reichstag soll deshalb, wie wir hören, sehr bald vor die Frage gestellt werden, ob er die erforderlichen Zuschüsse aus Steuermitteln oder aus Gebühren zu sehen wünscht. In letzterem Falle müßten die Gebühren um volle 100 Prozent erhöht werden. Mit den Vorarbeiten für einen entsprechenden Gesetzentwurf ist bereits begonnen.

Schweres Eisenbahnunglück in Westpreußen.

mz. Marienwerder, 22. Nov.
Wie die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ erfahren, ist heute früh auf dem Bahnhof Franzwalde, der letzten Station vor Marienburg, der neu eingeleitete Güterzug 8060 mit dem von Marienwerder kommenden Personenzug 1001 zusammengestoßen. Bisher sind vierzig Personen tot oder schwer verwundet aus den Trümmern geborgen worden.

Die Deutschenhege in Böhmen.

Prag, 22. Nov.
Der Ausschuss der deutschen Studenten in Prag veröffentlicht eine Kundgebung, in der mitgeteilt wird, daß infolge der Ereignisse der letzten Woche ein Teil der deutschen Studenten Prag verlassen muß; die übrigen seien entschlossen, sich bis zum letzten Augenblick in Prag zu halten. Immerhin sei an ein längeres Verbleiben der deutschen Hochschule in Prag nicht zu denken.

Prag, 22. Nov.
Nach einer Meldung der „Bohemia“ aus Wien hat die Stadtverordnetenversammlung für die tschechischen Legionären zum Opfer gefallenen Deutschböhmen eine vier-tägige Trauer angeordnet.

Noch keine Sachverständigen-Beratungen.

Die unser Berliner Vertreter erfährt, sind entgegen anders lautenden Mitteilungen immer noch keine Auskünfte darüber vorhanden, zu welchem Zeitpunkt die Brüsseler Sachverständigenkonferenz zusammengetreten wird. Wenn in einer vorläufigen Mitteilung ausgesprochen wird, daß für Dezember eine Vorberatung in Aussicht genommen ist, so kann es sich nur um eine rein alliierte Konferenz handeln, da die deutschen Sachverständigen, die für die Brüsseler Zusammenkunft eine Einladung erhalten sollen, noch nicht davon unterrichtet worden sind, daß sie im Dezember an den Beratungen der Alliierten über die Wiederherstellungsfrage teilnehmen sollen. Würde es der Fall sein, so hätte selbstverständlich schon jetzt eine Benachrichtigung der amtlichen deutschen Stellen erfolgen müssen.

Die Erhaltung der Zwangswirtschaft.

Von unserem Berliner Vertreter wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung für die wichtigsten Ernährungsbedürfnisse keine Verringerung des Zwangswirtschaftssystems beabsichtigt, da die Erfahrungen, die bei der teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft gemacht wurden, schwere Bedenken gegen die Verringerung der Zwangswirtschaft bei der Regierung hätten aufkommen lassen. Für die Brotversorgung, die Milchversorgung und die Zuckerverteilung wird die Zwangswirtschaft noch für absehbare Zeit aufrecht erhalten bleiben.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die Briefzensur.

Köln, 21. Nov. Zu der durch die Presse gegebenen Meldung über erneute Briefzensur im besetzten Gebiet erfährt die „Köln. Stz.“, daß die Meldung in der bisher veröffentlichten Form nicht richtig sei. Es handle sich keineswegs um eine von der Rheinlandkommission eingeführte Briefzensur, sondern um eine Maßnahme der deutschen Behörde zur Verhinderung der Ropitalflucht. Diese Kontrolle verdächtigter Briefschaften gehe von drei Zentralen, Köln, Bonn und Ludwigshafen, aus.

Aus dem Reich.

Die Entwaffnungsfrage in Bayern.

Von unterrichteter Seite erfahren wir aus München, daß die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich über die von Frankreich geforderte Entwaffnung der bayerischen Einwohnerarmee noch nicht wesentlich vorgeschritten sind, jedoch die allgemeine an die Lage geknüpften Befürchtungen als verfrüht anzusehen sind. Es ist nicht richtig, wenn von einem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich gesprochen wird. Die Meinungsverschiedenheiten werden durch freundschaftlichen Gedankenaustausch zu beseitigen versucht. Es besteht noch viel vor der Hoffnung, daß es gelingt, die Ausführungen des Entwaffnungsabkommens von Spa sicherzustellen.

Der Landarbeiterstreik in Vorpommern.

Berlin, 21. Nov. Blättermeldungen zufolge hat sich der Streik der Landarbeiter in Vorpommern weiter verschärft. Am Kreise Greifswald sind die Arbeiter auf neunzig, im Kreise Grimmen auf zehn, im Kreise Franzburg auf sechs und im Kreise Rügen auf allen Gütern ausständig. In den beiden letztgenannten Kreisen ist der verhängnisvolle Generalstreik beschlossen worden; es sollen auch keine Nothandarbeiten geleistet werden.

Die Flamme der Welt.

Roman von Guido Kreutzer.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Dunder, Berlin.

(35. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Stunden in der Kränzhütte vergingen wie im Flug. Der Hofmeister Silmers hatte nicht zu viel behauptet: Der Uhr war wirklich tadellos abgerichtet. Das ließ sich schon daran erkennen, wie er aus seinem Transportkoffer willig auf die Ebene schlüpfte und sich fesseln ließ. Er sah auch nicht phlegmatisch und halbverschlafen auf dem Reispfahl, sondern markierte ausgezeichnet. Da überdies gerade jetzt die Sonne durchbrach und der Wind stieß aus Säulen wehte, so sah kaum ein Raubvogel vorbei, ohne auf den verhassten Unrat zu stoßen. Es ließ wirklich mit der Klinte schnell bei der Hand zu sein und das Halsnicken abpassen, sollte der hingeworfene Schuß nicht sein Ziel verfehlen. Aber die beiden Herren erwiesen sich an Treffsicherheit einander ebenbürtig. Und als sie aus der Hütte wieder ausbrachen, hatte der Geheimrat zwei Wandervögel, einen Merlin und einen Silberhals abgeschossen, während der Colonel einen Sperber, einen Würger und im letzten Augenblick noch einen Mohrweib heruntergeholt hatte.

Sie konnten mit ihrem Ergebnis also in der Tat hochbefriedigt sein — besonders, da der heutige Vormittag so manchem Jungbaben und so manchem Brutvogel das Leben gerettet hatte. Den Geheimrat leiteten sie langsam zurück. Jetzt kam die Gegenwirkung dieser Stundenlangen Nervenspannung und scharfen Aufmerksamkeit. Das Gesicht des alten Herrn hatte wieder den müden, fast verfallenen Ausdruck, über den der Doktor schon gestern früh gestöhnt.

Man mußte den Versuch machen, ihn seinen fruchtlosen Grübeleien zu entreißen.

„Nennen Herr Geheimrat nicht — die Hüttenjagd ist eines der spannendsten Kapitel im deutschen Wildwert?“

„Neben die Jäger des Guts herrsche eine zerquälte Räuberin.“

„Wenn ich sie betreibe, Herr Doktor, dann vollziehe ich eigentlich immer einen Akt der Pöbelität und der Selbstkasteiung. Denn meinem Jungen ging die Hüttenjagd über alles — ganz gleich, ob es die Wirtin auf den Heuboden oder der Hühner auf den hochgewachsenen Rastplatz war. Er

Portugal.

Das neue Kabinett.

Lissabon, 21. Nov.
Das neue Kabinett ist gebildet. Präsident und Minister des Innern ist Alvaro Castro, Minister des Auswärtigen Domingos Pereira.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 23. November.

Der Kampf um das Schuldezernat.

Das geheimnisvolle Dunkel, das die Reorganisation des Magistrats und die Neubestellung beim Einrichtungsstellen umgibt und das zu einer lebhaften Erregung der Bürgererschaft führt, beginnt in Versammlungen zum Gegenstand verschiedener Beleuchtungsversuche gemacht zu werden. Wir haben vor einiger Zeit bereits darauf hingewiesen, daß es uns notwendig scheint, daß der Schlichter, der über die An- und Abgängen von Magistrat und Stadtverordneten gebietet ist, geklärt wird, und daß man an zuständiger Stelle nicht erst aus der Reserve herantritt, wenn die Bürgererschaft keine Gelegenheit mehr hat, auch ihre Ansicht zu äußern. Es geht um den Geldbeutel, und der Steuerzahler hat ein Recht, über neue, mit großen Kosten verbundene Maßnahmen unterrichtet zu werden.

Vorläufig hat das Vorpriestengedankel der beabsichtigten Errichtung eines Dezernats für das höhere Schulwesen gepöbel. Unsere Leser sind durch Aufzählungen aus Lehrer- und Bürgerkreisen unterrichtet. Sie haben bisher die Notwendigkeit der Schaffung dieses neuen Beamtensystems bestritten. Auch eine Versammlung, die vom Ortslehrer- und Schulrat der höheren Schulen am Freitagabend im Logen II veranstaltet wurde, hat keine Mehrheit für die gegenwärtige Auffassung gefunden. Herr Studententrat Räder referierte über die Lage, legte die Mängel dar, die in der städtischen Verwaltung bestanden, des Schulwesens vorhanden seien und eine Zentralisation der Schulverwaltung erforderlich sei. Als Schlussfolgerungen seines Vortrags ergab sich die Forderung, daß die Stelle eines Schuldezernenten mit ständiger Vertretung im Magistrat geschaffen werden müsse und daß die Stelle ausgeschrieben sei. In diesem Sinne sprach sich Herr Landratdirektor Schmitt aus.

Herr Lehrer Kappus dagegen hielt die Notwendigkeit eines selbständigen Schuldezernenten nicht für begründet und vom finanziellen Standpunkt aus (der Pöbel würde neben 40000 M. für Gehalt etwa 150000 M. für Miete- und Arbeitskräfte und Büroräume nach seiner Ansicht im Jahre 1921) nicht für annehmbar. Es sei jetzt keine Zeit, im Interesse der vier höheren Schulen Wiesbadens solche Ausgaben zu machen, während für wichtige und nötige soziale Zwecke kein Geld vorhanden sei. Auch die anderen Redner stellten sich mit mehr oder weniger Schärfe als Gegner des Dezernats dar, dessen Schaffung u. a. auch von Direktor Höfer als ein Mittel zur Zusammenlegung aller die Schule betreffenden Angelegenheiten befürwortet wurde. Ein eingetragener Vermittlungsvorschlag, der durch Bildung eines Ausschusses aus Vertretern städtischer Schulen eine Einigung herbeiführen will, erhielt keinen Widerspruch.

Jedenfalls hat der Verlauf das eine ergeben, daß eine Kenntnis der wahren Gründe und Absichten des Magistrats, und der Stadtverordneten den Meinungsäußerung der Bürger. Jedemfalls hat die Versammlung das eine ergeben, daß eine Würde. Sodas die Wiederholung des Punktes selbstverständlich ist, den wir nochmals an die Adresse des Magistrats und der Bürgervertreter richten: „Wir eruchen um Bekanntgabe der Absichten und Gründe, die eine Neubestellung oder Neuorganisation von wichtigen Magistratsstellen und Beamtenstellen im Rahmen der Reform der Stadtverwaltung rechtfertigen sollen.“ (Wegen Raumangel verspätet.)

Finanznot, Sparsamkeit und neue Stadträte.

Aus Bürgerkreisen wird uns mitgeteilt: Allgemein werden die großen Kosten hervorgehoben, die die Schaffung eines neuen Schuldezernenten (mit Büro und Gehalts) verursachen muß. Dasselbe gilt auch sicher von den anderen neu zu schaffenden Stadtratsstellen, wie z. B. desjenigen des Stadt-Medizinrats. Dabei scheint die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Schaffung solcher Stadtratsstellen wenigstens in sozialer Beziehung sehr hart bezweifelt zu werden. Bei der trostlosen Finanzlage unserer Gemeinwesen dürfen persönliche Momente überhaupt nicht in Betracht kommen.

Das meiste Befremden erregt es aber in den beteiligten

schon auf die Hüttenjagd und nahm jede Gelegenheit wahr, sie auszuüben.“

Hanns Torunn erschraf über die Wirkung seiner Worte bis ins Innerste hinein.

Sein Beileiter aber hub schon wieder an zu sprechen.

„Der Viktor hatte sich im Lauf der Jahre und trotz seiner Jugend schon eine Sammlung zusammengehäuft, die als Schatzkammer betrachtet werden dürfte. Und noch kurz vor seinem Tode — als einmal das Gespräch darauf kam — schwärmte er mir davon vor, wie er künftig hier auf Barrisacken nur noch die seltensten Raubvögel hängen wollte; das andere Zeug könnte der Heiler ja unbeschädigt machen. Er war eben durch und durch wilderer Räuber. Wie er ein ungewöhnlich begabter Offizier und seltener Charakter war. Man trifft eine solche Harmonie innerlicher und äußerlicher Eigenschaften nicht häufiger vor, Herr Doktor. — Mein Junge aber hatte sie. Und dabei bin ich nicht blind, dabei habe ich mein Leben lang nichts von der Affenliebe meiner Väter gewußt. Aber ich darf mich doch nicht selbst belügen; man darf doch nicht von mir verlangen, daß ich nun einfach schlafschweigend an dem allen vorbeigehe, als wäre es nicht gewesen.“

„Kein Mensch wird das verlangen, Herr Geheimrat.“ Der Geheimrat hatte ruhig den Schritt gehalten. Sein vorhin noch so müdes Gesicht strahlte sich in scharfer Spannung. Um seine Lippen war ein ruhiges Lächeln und Augen und die sonst so heftigste, abgemessene Diktion der Stimme war jählinas fort. Jeder einzelnen Satz sprach er markiert, abgehackt, förmlich unterrichtet.

„Mein Viktor, Herr Doktor, war ein ganzer Herr; vom Scheitel bis zur Sohle. Das Schicksal hat ihn mir anvertraut; ich muß mich daran finden und habe mich daran gefunden. Und wenn wir durch eine tragische Verkettung der Umstände ihn nicht einmal hier begraben konnten, so hat auch das ertragen zu werden! Aber das Letzte eben — das ist so schwer und bitter. Oft schon war ich draußen im Rosenmund und habe mich da den Blick angelehnt, wo er heute liegen möchte und wo ich ihn dann jeden Tag besuchen könnte. Es hat eben nicht sollen sein; aber glauben Sie mir, Herr Doktor: n achdem ich mich dann leichter ertragen ... wenn ich ihn hier hätte — meinen Jungen!“

Er schwieg plötzlich. Er strich sich mit schwerer Hand über die Stirn. Er schüttelte sich selbst den Kopf und murmelte: „Kommen Sie, wir wollen weiter gehen.“

kreisen, in welcher Weise der Hauptverwaltungsbeamte der Stadt, die Kur, bei dieser Sache bedacht wird. Die Kur soll von dem Stadt-Medizinrat mitverlesen werden, dazu soll noch ein neuer Verlehrsbeirat kommen, der man denn wirklich im Rathaus so wenig Verlehrsbeirat für die Bedürfnisse Wiesbadens als Kurstadt will man paar Schreier entgegenkommen, die behaupten, es müßte einseitige Kurpolitik getrieben? Nun, man müßte es ruhig behaupten, daß sehr viele Kurorte, die alle kleinen und unbedeutender als Wiesbaden sind, eine viel bessere Kurpolitik treiben und betreiben haben; besser deshalb, wenn sie mehr Erfolg hätten. Nur keine Ausrede vom belächelten Gebiet! Es war schon vor den Kriegen so, daß Wiesbaden viel weniger tat, als alle anderen Badeorte, trotz der vielen Millionen, die in den Kurbetrieben angelegt sind. Die Kurpolitik wird in Wiesbaden zu bürokratisch getrieben. Wiesbaden hängt zum größten Teil von der Kur ab, und da soll auf einmal ein Stadtrat nur im Rathaus am Kurdirektor sein, als ob dieser Pöbel keinen anderen Zweck hätte als die Kur zu treiben. Es muß anders gestellt werden als bisher. Er muß zum mindesten die Stimme im Magistrat und genügend Handlungsfreiheit haben. Soll Wiesbaden nicht ganz ins Hintertreffen geraten, so muß ein Kurdirektor gefunden werden, an den die allerhöchsten Ansprüche gestellt werden können. Da die geeignete Persönlichkeit nicht zu finden ist, ist selbstverständlich, daß dem Kurdirektor die nötigen Kräfte zur Seite stehen müssen; dann erstreckt sich der Bereich des Kurdirektors, der doch nur die Bekannte an seinen und das Dazugehörige an seinen hat. Aber nur keine Nebeneinanderregieren!

Die Frage muß aber bald geklärt werden, denn bei der Uebernahme der Kur im Rathaus, besonders seit der Forderung des Oberbürgermeisters, mit den vielen Arbeit und Mühen der Zwangswirtschaft neben den alten Aufgaben, kann selbstverständlich für die Kur nicht viel übrig bleiben.

Umso mehr wird in den beteiligten Kreisen anerkannt, in welcher Weise unser Kurinspektor, der durch den Tod des Kurdirektors trotz der geringen Verdienste freigeblieben die einem solchen Pöbel zuzurechnen, gearbeitet hat, daß haben wenigstens sämtliche Pressevertreter bei dem Besuche Wiesbadens in diesem Sommer einstimmig festgehalten. Hoffen wir, daß diese Reisen dazu beitragen, daß die Frage der Neuorganisation unserer Kurleitung als eine der wichtigsten Lebensfragen für Wiesbaden recht bald in der bestmöglichen Weise gelöst wird.

Ortskrankenkassenwahl. Nach den bisherigen Mitteilungen wurden abgegeben für die Liste I (Bürgervereine und Korporationen) Arbeitgeber 1506, Beschäftigte (Arbeitnehmer) 1508 Stimmen. Für die Liste II (Sozialdemokraten) Arbeitgeber: 58 Stimmen, Arbeitnehmer 71 Stimmen.

Die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei veranstaltet heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Gesellschaft, Friedrichstraße 8, einen heiteren Abend, bestehend aus musikalisch-amatorischen Vorträgen. Auch Eltern und Freunde der Jugend sind willkommen.

Wichtig für Exportfirmen. Die Handelskammer Wiesbaden gibt bekannt: Der Handelsvertreterverein, Berlin 81, Köpenickerstr. 29/30, hat eine Dauermissionen-Ausstellung der deutschen Exportfirmen in verschiedenen Ländern vorbereitet. Firmen, die dafür Interesse haben, wird anheimgegeben, sie direkt an den genannten Verein zu wenden.

Städt. Schulverwaltung und Schulgeldkasse. Die Schulräume befinden sich ab Mittwoch, den 24. Nov. 1920, im Hause Friedrichstraße 27, 2. Stock. Wegen Umzugs des Büro und der Kasse am 2. und 23. Nov. geschlossen.

Die Bewirtschaftung des Raucherzigarettenabfalls. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit der Bewirtschaftung des Raucherzigarettenabfalls. Der Reichswirtschaftsratsminister lag im Einverständnis mit dem Finanzministerium der Vorlage vor, die Bekanntmachung, die der Raucherzigarettenabfall-Gesellschaft als alleiniger Käuferin des Abfalls im Ausland und der Tabak-Verkaufsstelle das Recht annehmbar gab, und die zweite, die das Gewicht der Zigaretten festsetzt, aufzuheben, sobald das Einverständnis des Reichswirtschaftsrates vorliegt. In der Beratung erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsrates, daß auch die parallel laufende Bewirtschaftung in- und ausländischer Zigaretten- und Raucherzigaretten in absehbarer Zeit aufzuheben werden soll. Es wurden Befürchtungen

Dann Torunn aber hatte seinen Entschluß gefaßt. Er wollte nicht, welchen Quallen der Entschluß; er wollte es nicht wissen. Er war nur entschlossen, ihn sofort in die Tat umzusetzen. Denn hier gab es keine Zeit mehr zu verlieren.

Herr Geheimrat, ich möchte gleich eine Angelegenheit erledigen, die mich betrifft. Ich erhielt vorgestern den Brief eines mir bekannten Herrn ... eines Herrn von Rosen.

Der Name war ihm unwillkürlich entfallen; eigentlich hatte er ihn nicht erwähnen wollen. Es tat aber nichts zur Sache.

Der Gutsbesitzer aber konnte blinzeln:

„Rosen, Rosen — irgendwann ist mir doch einmal im Leben ein Rosen über den Weg gelaufen. Na, ich kann im Augenblick nicht darauf; es ist ja auch gleichgültig. Da bitte — und?“

„Dieser Herr von Rosen war im Ausland gewesen und kam nach Deutschland und nach Berlin zurück — wenige Tage nachdem ich es verlassen hatte. Er hat mir sofort geschrieben, und nun würden wir uns gern wiedersehen.“

„Sie wollen nach Berlin fahren?“

„Na, Herr Geheimrat: auf ein paar Tage natürlich. Denn es ist vollständig unbekannt, wie lange er dort bleiben wird.“

„Also fahren Sie, Herr Doktor; und amüsierten Sie sich. Ihre paar Tage und kommen Sie gesund wieder. Aber — Sie brauchen doch nicht um Erlaubnis zu fragen und brauchen auch keinen Urlaub; Sie sind Herr Ihrer Zeit.“

„Es ist selbstverständlich, daß ich Herrn Geheimrat dem frage.“

„Sehr korrekt! Aber, lieber Doktor — so etwas wollen wir lieber gar nicht einführen. Keine gegenwärtige Überweisung. Also fahren Sie nur ruhig. Wann werden Sie? Morgen früh?“

„Ich möchte eigentlich heute Abend den Nachzug nehmen. Er fährt ja in der Nacht. Und selbst wenn es nicht der Fall wäre — ich spare quasi einen ganzen Tag.“

„Na, recht. Und nun komme ich! Ich habe nämlich auch einen Wunsch.“

(Fortsetzung folgt.)

Des dees Gewisse.
 „Wer hat die Best erkhafte?“ freht
 Der Parre so e' Biedde.
 „Was siets e' dees Gewisse hatt?“
 „No, waaktes nit, mei' Biedde?“
 „Der Bus stann uff, un's Hienne wor
 'in nader wie des Pafse:
 „Derr Parre, lo eich seins gemest —
 „Will's amover nit mehr mach'e!“

längst vergangenen Epoche umfangreiche Erneuerungsarbeiten unumgänglich notwendig sind, die ohne weiteren Verzögerung vorgenommen werden müssen. Man plant zur finanziellen Durchführung der Ausbesserungsarbeiten die Veranstaltung einer Geldlotterie, deren Ergebnis hoffentlich die Erneuerung der Opden-Ruinen möglich machen wird.

Sport.

Fußball. Die 1. Mannschaft des Fußballvereins Germania e. V. konnte von Worms gegen die dortige Alemannia, mit Erfolg freilich, nur ein unentschiedenes Resultat 2:2 mit nach Hause bringen. Dagegen: 2:1 für Wiesbaden. Gegenverhältnis 0:4 für Wiesbaden. Die 1. Jugendmannschaft spielte gegen die gleiche des Fußballvereins Worms 0:0. Die 2. Jugendmannschaft verlor gegen die 2. Jugendmannschaft 3:1.

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Berlin, 22. November.	Devisenmarkt.		Telegraphische Anzahlungen für	
	20. Nov. 1920		22. Nov. 1920	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	2237.75	2242.50	2087.90	2092.10
Brüssel-Antwerpen	474.50	475.50	434.75	435.45
Norwegen	984.	986.	914.05	915.95
Dänemark	991.50	993.50	914.05	915.95
Schweden	1411.05	1413.95	1293.70	1296.30
Helsingfors	157.80	158.20	149.80	150.20
Italien	277.20	278.80	254.70	255.30
London	255.70	256.30	236.75	237.25
New-York	73.67	73.83	67.12	67.32
Paris	447.05	447.95	409.55	410.45
Schweiz	1152.30	1154.70	1061.40	1063.60
Spanien	964.	966.	864.10	865.90
Oesterreich-Ungarn				
Wien (in Deutsch-Oesterr. abgestempelt)	20.97	21.03	20.97	21.03
Prag	86.90	87.10	84.90	85.10
Budapest	14.48	14.52	15.98	16.02

Berlin, 22. November 1920.

	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
Kriegsanleihe	77.50	77.50	Deutsche Erdöl	1900	—
A. Reichsanleihe	66.70	66.50	Deutsche Luxemburg	415	405
3. „	58.40	58.60	Deutsche Waffn	530	—
3. „	70.25	68.70	Gelsenkirchen	424	418
4. Pr. Konsola	64.40	64.25	Harpener	590	583.50
4. Pr. Konsola	56	56	Hochster Farbwerke	467	469.50
3. „	54.70	54.50	Kali Aschersleben	480	497
			Köth. Cellulose	385	390
Schantung	610.25	596.50	Lahmeyer	250	—
Hansa	335	339	Laurahütte	388	388
Hamburg-Amerika	202	204.75	Lindes Klemmschneid.	340	—
Nordd. Lloyd	194.87	194.75	Oberrhein. Eisen	310	313
Berl. Handelsbank	243.50	244.87	Phönix	634	644.50
Darmstadt. Bank	180	180	Rheinische Metall	344	345
Deutsche Bank	330	330	Rhein. Stahlwerke	535	530.50
Disconto Commandit	251.50	252	Riebeck Montan	425.50	425
Dresdner Bank	228	229	Schuckert	294	285
Adlerwerke	354.50	349.50	Siemens & Halske	356	355.50
Allgem. Elektr.	337	331.25	Ver. Köln. Rottw.	420	405
Badische Anilin	605	604.75	Westereg. Alkali	933	993.50
Bergmann Elektr.	289	288.75	Zellstoff Waldhof	495	—
Bochumer Guß	549.75	530	Neugulms	714	710
Bodens	750	722	Otavi Minen	794	780
Chem. Grisehlm	425	459	Otavi Genußsch.	665	654
Chem. Albert	1080	—	Türkenlose	585	548
Daimler Motoren	285.87	288	Ungar. Kronenrente	23.10	23.40

Börsen und Banken.

Kapitalerhöhung der Deutsch-Niederländischen Bank. Die Generalversammlung der Deutsch-Niederländischen Bank A. G. in Düsseldorf beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 7 Mill. auf 10 Mill. Von den 7 Mill. neuen Aktien erhalten 1 Mill. Aktienbesitzer Stimmrecht und werden den alten Aktionären im Verhältnis von 3 zu 1 zu 110 pCt. angeboten. Die übrigen 6 Mill. Aktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 2 zu 1 ebenfalls zu 110 pCt. angeboten.

Handelsnachrichten.

Europäische Handels- und Industrie-Aktien-Gesellschaft. Unter der Firma Europäische Handels- und Industrie A. G. wurde in Berlin mit 10 Millionen Kapital eine Aktiengesellschaft ins

Leben gerufen, die in Interessengemeinschaft mit dem unter gleichen Firma in Wien mit 10 Millionen und in Belgrad mit 10 Millionen gegründeten Unternehmen tritt. Früher als geschäftsführenden Ausführenden sämtlicher drei Gesellschaften ist der Großindustrielle Bloß v. Blotwitz (Hessenschulze bei Garbesdorf)

Verkehrswesen.

Wiederanfrage des transatlantischen Postendienstes bei Japan. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß sie in Verbindung mit der United American Line die regelmäßige Postenbeförderung Hamburg-New-York mit dem am 25. Dezember von New-York abgehenden Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“, dem ehemaligen deutschen Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“, wieder aufnimmt. Die erste Abfahrt von Hamburg nach New-York findet voraussichtlich am 15. Januar statt.

Geh. Kommerzienrat Emil Engelhardt. Die die „N. N. Osth.“ meldet, ist der Geh. Kommerzienrat Emil Engelhardt im Alter von 67 Jahren gestorben. Der Verstorbenen war eine außerordentlich große und bekannte Persönlichkeit im wirtschaftlichen Gebiet. Der Nationalversammlung gehörte er als Mitglied der deutsch-demokratischen Partei bis zu ihrer am 1. März 1919 abgehaltenen Tagung an, wo er aus Gesundheitsrücksichten das Mandat niederlegte.

Marktberichte.

Berliner Produktienbörse vom 20. Nov. Die Haltung bleibt abwartend im Hinblick auf die ungeklärte, schwankende Tendenz der Devisenmärkte. Preise wenig verändert. Weizen 31—37, Roggen 40—42, Riesen 46—50, Weizen 285, Raps 480—485, Weizen 380—385 für 50 Pfd. Verladestation.

Dampfschiffverkehr: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche u. ausländische Politik: H. Grothaus; für Wirtschaft, Unterhaltung u. volkswirtschaftl. Zeit: H. Grothaus; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: Heinz Grothaus; für die Anzeigen: J. H. Grothaus; Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H., sämtlich in Wiesbaden.

Staatstheater in Wiesbaden.

Dienstag, 23. Nov., Anfang 7 Uhr. (11. Vorst.) Ab. C.

Amphitruon.

Lustspiel in drei Handlungen und einem Vorspiel von Moliere. Frei übertragen von Fritz Kumpf.

Personen des Vorspiels:

Personen der Handlungen:

Jupiter Walter Böhm

Mercur Walter Böhm

Amphitruon, Oberführer . . . Dr. Paul Gerhardt

Alkibiades, seine Gattin Thila Hummel

Alkibiades, Dienerin Margn. Ruhn

Gauptm. Amphitruonidas Guido Reimann

Gauptmann Panstiles Friedrich Bräuer

Gauptmann Volidos Hans Bernhöft

Gauptmann Reufates Hans Rodius

Sofias, Diener Bernh. Hermann

Der Schauspieler des Vorspiels liegt in den Wolken, der der Handlungen vor d. Hause des Amphitruon bei Tischen.

Ende etwa 9.15 Uhr.

Spielplan: Mittwoch, 6.30 Uhr: Bar und Stimmermann.

Ab. B. — Donnerstag, 6 Uhr: Margarete. Ab. D. —

Weinhaus Schmid

Loeschs Weinstuben.

heute Dienstag, den 23. November:

Schlacht-Fest!

Als Spezialität nur an diesem Tage empfehle:

1917er Erbacher Honigberg

1/2 Fl. inkl. Steuer Mk. 28.—

Original-Kreszenzwein, hervorragende

Qualität.

(3150)

Fräulein

sucht für Sommerhalbjahr 1921 Stellungs- u. Gelegenheitsarbeiten, die Klänge gründlich zu erlernen. Ohne gegenseit. Vergütung. Dienstnachm. nur vorhanden. Fein. An-gebote zu richten an Anna Schneider, Alsfeld, Geisweib. Nr. 2, Alsfeld, Postfach 4. (3148)

Englisch.

Auslandsdeutscher wünscht tägl. 1stündige Konversation. Offert. u. H. 1101 an die Ges. d. B. L. Nikolastr. 11. (3156)

Großhandlung in Lebensmitteln. Weine, Zerkleinerung in Wiesbaden.

Silialeiter.

Bewerber, die die Billa auf eigene Rechnung oder gegen Kaution zu übernehmen wünschen, wollen Adresse unter Z. 588 an die Geschäftsstelle d. B. L. Nikolastr. 11. einreichen. (3147)

Am 29. November 1920, nachmittags 3 Uhr wird auf dem Rathaus in Wiesbaden das Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Scheune mit Stall und Hofstall, Wiesbadener Straße 35 in Wiesbaden, groß 7 Ar 40 Quadratmeter, zwecks Aufhebung der Gemeinschaft spanischweise versteigert. Eigentum: Eheleute Philipp Friedrich Rauer, Erben in Wiesbaden.

Wiesbaden, den 19. November 1920.

Das Amtsgericht, Abteilung 9. (3156)

Bekanntmachung.

Die in der Bekanntmachung vom 23. 7. 1919 festgesetzten Normalpreise für Särge sind infolge Steigerung der Preise für Rohmaterialien und Löhne durch Beschluß des Magistrats vom 30. 10. 20 Nr. 2328 auf die nachstehend angeführten Sätze erhöht worden.

Normal-Preise für Särge.

A. Särge für Erwachsene.

I. Aus Tannenholz.

1. Sarg, einfach, mit 4 Griffen und einfach. Anfrisch, los. Schäferbütte Einlegen 2 Mann 240.— M

je 0.75 M = 1.50 M

Abbildung 1.

2. Sarg, wie vor, gewölbt 263.40 M

Einlegen 2 Mann

je 0.75 M = 1.50 M

Abbildung 2.

3. Sarg, mit Stäben und 4 Griffen, gelb lackiert 341.70 M

3a. Sarg, wie vor, schwarz lackiert 350.— M

Einlegen 2 Mann

je 0.75 M = 1.50 M

Abbildung 3.

4. Sarg, schräg mit Holzleiste und 4 Griffen, gelb lackiert 412.40 M

4a. Sarg, wie vor, schwarz lackiert 440.— M

Einlegen 2 Mann

je 0.75 M = 1.50 M

II. Aus Eichenholz.

5. Sarg, schräg gefeilt mit 6 Griffen, gelb lackiert 474.20 M

5a. Sarg, wie vor, schwarz lackiert 560.— M

Einlegen 2 Mann

je 1.50 M = 3.— M

Abbildung 5.

6. Sarg mit reicher Kestlung und 6 Griffen, gelb lackiert 589.80 M

6a. Sarg, wie vor, schwarz lackiert 638.— M

Einlegen 2 Mann

je 1.50 M = 3.— M

III. Aus Eichenholz.

Abbildung 4.

7. Sarg, mit einfacher Kestlung und 6 Griffen, gelb lackiert und mottiert 1200.— M

7a. Sarg, wie vor, naturpoliert 1320.— M

Einlegen 3 Mann

je 1.50 M = 4.50 M

Abbildung 5.

8. Sarg, mit reicher Kestlung und reicher Anfrisch, mit 8 Griffen, gelb lackiert und mottiert 1320.— M

8a. Sarg, wie vor, naturpoliert 1414.— M

Einlegen 3 Mann

je 1.50 M = 4.50 M

B. Särge für Kinder aus Tannenholz.

1. Sarg, einf., gefeilt, bis 0.70 m la., gelb lackiert 62.70 M

1a. Sarg, wie vor, schwarz lackiert 71.70 M

2. Sarg, desgl., bis 1.00 m lang, gelb lackiert 85.60 M

2a. Sarg, desgl., schwarz lackiert 90.70 M

3. Sarg, desgl., bis 1.30 m lang, gelb lackiert 147.80 M

3a. Sarg, desgl., schwarz lackiert 173.60 M

4. Sarg, desgl., 1.50 m lang, gelb lackiert 198.20 M

4a. Sarg, desgl., schwarz lackiert 224.— M

Dieses Preisverzeichnis und die Abbildungen liegen in den Geschäftsführern der Sarghändler, sowie an folgenden Stellen aus:

1. Auf dem Bestattungsaussch. Rheinstr. 22, 3.

2. Auf dem Nordfriedhof b. d. Friedhofsdirektor.

3. Auf dem Südfriedhof b. d. Friedhofsdirektor.

4. Auf dem Büro des Händl. Krankenbaus.

5. Auf dem Büro des Feuerbestattungsaussch. Rheinstr. 4.

Der Einwohnerrat wird empfohlen, in solchen Fällen zu kaufen, in denen die vorstehenden Preise aufgebahrt und die Abbildungen aufgelegt sind.

Wiesbaden, den 20. November 1920.

Der Magistrat. (3155)

Der Magistrat. (3155)

Residenz-Theater.

Dienstag, den 23. November. Anfang 8 Uhr.

Fräulein Fud.

Operette in drei Akten von Franz Arnold und Gustav Kautz von Walter Kautz. Gesangsdirige von Franz Arnold.

In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Pauli, Emmy Felsen, Christa Winkelmöller, die Herren: Edgar Dugge, Carl Schmitt-Dardt, Rudolf Kopper, J. H. Grothaus, Heinz Ludwig, Hermann Vogler.

Ende nach 9.30 Uhr.

Spielplan: Mittwoch, 7 Uhr: Die Kaiserin.

Donnerstag: Kindertragedie. Zum 1. Male. (Wohlfühl).

Freitag: Der letzte Walzer. — Samstag: Die Kaiserin.

Sonntag, nachmittags: Die Frau im Hermelin, Abends: Die Aimo-Räuber.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Dienstag, den 23. November:

4-5.30 Uhr. Nachmittags-Konzert.

Kleines Stadtkapell. Leitung: Herr Wilhelm H. 1. Ouvertüre von Wagner. — 2. Fantasie auf „Morgens“ von Verdi. — 3. Rondo capriccioso von Liszt. — 4. Suite über die Themen von der Oper. — 5. Ensemble-Präzisions, Ouverture über die Themen von Rindskopf.

8-9.30 Uhr. Abend-Konzert.

Kleines Stadtkapell. Leitung: Herr Wilhelm H. 1. Ouvertüre von Wagner. — 2. Ouverture zur Oper „Die Kaiserin“ von Wagner. — 3. Suite Nr. 2 aus der Oper „Die Kaiserin“ von Wagner. — 4. Suite über die Themen von der Oper. — 5. Ensemble-Präzisions, Ouverture über die Themen von Rindskopf.

Ende nach 9.30 Uhr.

Sonderangebot!

Herrenanzüge

Mk. 495.—

Bruno Wandt

Kirchgasse 56.

Klein-Geschäftshaus

in nur guter Lage Wiesbadens

oder Villa zu kaufen gesucht.

4 bis 6 Zimmerwohnung unbedingt

in 3 Monaten zu beziehen. An-

zahlung nach Belieben.

Eil-Offerte erbeten unter

H. 1098 an die Geschäftsstelle

dieses Blattes, Nikolastr. 11.

(3148)

Dauer-Batterien

von unerreichter Brenndauer.

Flack, Luisenstr. 25

gegenüber Real-Gymnasium. Telefon 1111

Pelzumarbeitungen

u. Neuanfertigungen

werden fachgemäß u. billig ausgeführt. Pelz-

felle wie neu gereinigt. Moderne Pelz-

waren auf Lager. Auch Ankauf und Verkauf

von Fellen aller Arten wie Hasen, Kanin, etc.

Füchse, Marder usw.

D. Brandis, Kürschner u. Pelzwaren

Wiesbaden Langgasse 39, I

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111

Tel. 1111